

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.  
Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die dreigefalt. Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.  
Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Wann beginnt die Reichsregierung mit der Arbeitsbeschaffung?

Am 7. Mai wurde vom Reichsrat die sogenannte Prämienanleihe genehmigt. Mit Hilfe dieser Anleihe will die Regierung das gehamsterte und zurückgehaltene Geld herauslocken und somit genügend Kapital für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm flüssig machen. Da zu erwarten ist, daß auch der Reichstag dem Schuldentilgungsgesetz zustimmen wird, in dem die Bestimmungen über die Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung mit enthalten sind, so besteht die Hoffnung, daß in den nächsten Wochen die ersten Anfänge zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sichtbar werden. Es wird allerdings auch schon allerhöchste Zeit. Die Hauptpläne der Reichsregierung gehen auf die Beschaffung von Arbeit durch Siedlungen, Meliorationen und „andere Möglichkeiten“.

Wie gesagt, ist es sehr dringlich, daß die Reichsregierung sich zur Tat aufrafft. Daß es solange dauerte, bis die ersten Ansätze zu einer wenigstens teilweise energischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht wurden, liegt wohl zu einem großen Teil daran, daß auch innerhalb des Reichskabinetts erst gewisse, und zwar gar nicht schwache Widerstände überwunden werden mußten. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold scheint wenigstens ein sehr deutliches Symptom dafür zu sein. Dr. Warmbold war einer der führenden Männer des J.-G.-Farbentrustes, und die Unternehmer haben ja sehr wenig ihre Abneigung gegen die Arbeitsbeschaffungspläne, soweit sie nicht aus dem Lager der Arbeitgeber selbst gemacht wurden, verhehlt. Besonders die Pläne und Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung waren den Unternehmern von jeher unpopulär. Ganz erklärlich, auch die Industriellen können nicht aus ihrer Haut heraus. Sie entwickelten einen eigenen großartigen Plan zur Arbeitsbeschaffung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der nur einen einzigen Programmpunkt enthielt: Lohnabbau! Daß schon seit mehr als 1 1/2 Jahren dieser einzige Vorschlag der Unternehmer sehr lebhaft in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, ist männiglich bekannt. Leider ist aber ebenso bekannt, daß die vielgepriesene Verringerung der Gesehungskosten durch den Lohnabbau das genaue Gegenteil von dem herbeiführte, was damit nach den Berechnungen der Industriellen erreicht werden würde. Die Arbeitslosigkeit stieg in geradezu erschreckendem Tempo. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß ohne diese Vernichtung von Milliarden Mark an Kaufkraft die Arbeitslosigkeit bei weitem nicht die katastrophale Ausdehnung erreicht hätte. Aber vielleicht lag den Unternehmern noch nicht so sehr viel daran, Arbeit für die Millionen von Erwerbslosen zu beschaffen. Man wird den Verdacht nicht los, als ob vielen Unternehmern und vielen Führern der deutschen Wirtschaft die Krise gar nicht so sehr unerwünscht gekommen sei, als ob sie in der Wirtschaftsstockung eine willkommenen Gelegenheit gesehen hätten, der Arbeiterschaft allerlei wieder abzugewinnen, was diese sich in Zeiten guter Konjunktur erkrobt hatte. Gelang es nebenbei, die verhassten Gewerkschaften möglichst zu schwächen, dann konnte man die Krise ruhig ein Weilchen wüten lassen.

Das ist ihnen leider zu einem großen Teil gelungen. Die Gewerkschaften haben Tausende von Mitgliedern verloren, sie mußten ungezählte Millionen Mark aufwenden, um von ihren erwerbslosen Mitgliedern wenigstens die drückendste Not fernzuhalten, Hunderttausende von Arbeitern sind radikalisiert

worden und haben den betrügerischen Versprechungen der Katastrophenpolitiker von ganz rechts und ganz links Glauben geschenkt, sind also für die nächste Zeit für die Unternehmer keine Gefahr mehr. Oder doch? Wir fürchten ja! Wenn es sich erweisen sollte, und es würde sich sehr bald erweisen, daß auch der Nationalsozialismus nicht von heute auf morgen sechs Millionen Arbeitslose zu Arbeit und Lohn verhelfen kann, wenn es den bisher Irregeleiteten fürchterlich klar wird, daß weder Hitler noch Thälmann gemäß ihren Versprechungen die Wirtschaftskrise beseitigen können, was dann? Die Unternehmer spielen ein sehr gewagtes Spiel, als sie solange der Ausbreitung der Krise tatenlos zusahen, sie vielmehr durch ihre unsinnige Lohnsenkungs politik noch förderten. Schon sind viele Hunderttausende von arbeitslosen, von darbenenden Volksgenossen von jener gefährlichen „Pfeil-drauf-Stimmung“ ergriffen, der jedes Mittel recht ist, „wenn es nur anders wird“. Wenn es „anders“, d. h. in diesem Falle mit tödlicher Sicherheit schlechter wird, könnte es sehr leicht auch für die Unternehmer schlechter werden. Ganz gewiß aber wäre eine Katastrophe für Reich und Volk unausbleiblich, in der nicht nur die Arbeiterschaft untergehen würde. Deshalb hatte der Krisenkongress tausendmal recht, als er Regierung und Öffentlichkeit auf die drohenden Gefahren hinwies, die hinter dem unauffälligen Anstieg der Arbeitslosenzahlen lauern. Und deshalb müssen wir täglich und immer wieder von der Reichsregierung energischere und einschneidendere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung fordern. Möglichkeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, zur Arbeitsbeschaffung bestehen, sie werden schon seit Jahren von den Gewerkschaften aufgezeigt. Jetzt muß gehandelt werden.

Die von der Reichsregierung jetzt geplanten Maßnahmen werden nur einige Hunderttausende von Arbeitslosen in Beschäftigung bringen. Aber die psychologische Wirkung darf nicht unterschätzt werden und ebensowenig die Rückwirkungen auf andere Gewerbegebiete und Industrien, als die, die unmittelbar von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung erfaßt werden. In der „nächsten Zeit“ soll durch eine Notverordnung für eine Reihe von Industrien und Gewerbegebieten die vierzigstündige Woche angeordnet werden. Ganz gut, aber warum erst jetzt, warum nicht vor zwei Jahren, und warum eine vierzigstündige Woche mit soviel Ausnahmen?

Gewiß hatten auch noch andere außen- und innerpolitische Fragen, die ebenfalls äußerst wichtig für Deutschland sind, der Erledigung. Die Arbeitslosenfrage ist aber die Lebensfrage des deutschen Volkes, die Frage, von deren schnellen und befriedigenden Lösung alles abhängt, der Bestand Deutschlands überhaupt. Und weil die Gewerkschaften diese Gefahren klar erkannt haben, deshalb ihr wiederholter und immer dringender werdender Appell an die Reichsregierung: Schaffe Arbeit! Freilich können alle Maßnahmen nur eine vorübergehende Milderung der Krise bringen, weil Krisen immer wiederkehren werden, solange wir diese Wirtschaftsordnung haben. Aber in unserem Kampfe gegen das „System“, um nach berühmtem Muster zu reden, dürfen wir die brennendsten Tagesfragen nicht vergessen, weil wir sonst leicht um Jahrzehnte in unserer Entwicklung zurückgeworfen werden könnten. Daher immer lauter und immer wieder unsere Forderung an die Regierung: Schaffe Arbeit, schaffe Verdienst für die Millionen hungernden Volksgenossen! Deutschland und das deutsche Volk sind in äußerster Gefahr!

Da gäbe es in der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“partei allerdings noch ein weites Feld, auf dem sehr bald der Neid und die Minderwertigkeitsgefühle der irregeleiteten Naziproletarier gegenüber den geistig und materiell vollkommen verbonzten „Führern“ wach werden würde. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, natürlich ganz besonders die sozialistisch eingestellten, ist für die Nazis ein Todfeind, der mit allen Mitteln bekämpft und an die Seite geschoben werden muß.

„Jeder Nationalsozialist ist verpflichtet, im Betrieb jeden Marzisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schaffierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem diese: eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw. ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung 1 V. B. 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist; das übrige erledigt dann die technische Abteilung.“

Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden.“

Den Arbeitgebern soll überhaupt von dieser Arbeiterpartei alle mögliche Rücksicht zuteil werden, wie aus der folgenden Anweisung hervorgeht:

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in allen Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“

Das ist ja auch gar nicht anders möglich, denn die Herren Arbeitgeber können sich doch unmöglich von der Betriebszeitung einer Organisation karikieren und kritisieren lassen, die schließlich vom Gelde der Unternehmer lebt. Daß den Arbeitgebern auch sonst keine Gefahr von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation droht, sagt der Passus der Richtlinien, in dem von Streiks die Rede ist. Und da heißt es:

„Bei Streiks können keine Unterstufungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pg. Arbeitgebern zu zerstreuen.“

Also die Herren Pg.-Arbeitgeber können ruhig schlafen und ungestört die Proleten weiter ausbeuten. „Ihre“ Naziarbeiter werden nicht mucksen, sondern zu allem ja und amen sagen, und der Pg.-Arbeitgeber erhält sogar im voraus einen Freibrief für Lohnkürzungen, falls er, blutenden Herzens solche Vorhaben mußte:

„Wichtig ist noch, die Herren Pg.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhegte.“

Diese marxistisch verhegte Arbeiterschaft ist natürlich das Hauptübel in der sonst so herrlich eingerichteten privatkapitalistischen Wirtschaft, zu deren festen Stützen die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation werden soll. Und darum heißt es in Erläuterung zu den Anweisungen über das zu sammelnde Adressenmaterial über die marxistischen Funktionäre:

„Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pg. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen.“

Da klingt ganz leise der Wunsch nach der Nacht der langen Messer hindurch, da hat ziemlich unverblümt dem Verfasser der Richtlinien der verhinderte Gendarm und Köpferoller über die Schulter geguckt. So schnell wird es ja nun allerdings nicht gehen. Die freien Gewerkschaften, die alle Angriffe und Wühlereien der kommunistischen RSD. unergründet überstanden haben, werden auch den nationalsozialistischen Eroberern der Betriebe zu begegnen wissen. Für die Arbeiterschaft wird es aber besonders jetzt nach dem Bekanntwerden dieser „Vertraulichen Richtlinien“ keine Frage mehr geben, zu wem sie gehören, zu diesen schmutzigen gelben Vereinen und Gruppen der Nazis oder zu den starken, machtvollen freien Gewerkschaften, die schon jahrzehntelang die Interessen der Arbeiterschaft aufs beste vertreten haben. Welche Rolle der nationalsozialistische Betriebsrat spielen soll, zeigt der folgende Satz aus den Richtlinien:

„Der RSD.-Betriebsrat ist in erster Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben.“

Wozu auch mehr? Nach der Machtergreifung durch die Nazis wird ja doch „der ganze Dreck“ aufgehoben. Wahrscheinlich, man muß dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 217) zustimmen, wenn es seiner Meinung über die „Vertraulichen Richtlinien“ wie folgt Ausdruck gibt:

„Der RSD.-Betriebsrat ist in erster Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben.“

Wozu auch mehr? Nach der Machtergreifung durch die Nazis wird ja doch „der ganze Dreck“ aufgehoben. Wahrscheinlich, man muß dem „Berliner Tageblatt“ (Nr. 217) zustimmen, wenn es seiner Meinung über die „Vertraulichen Richtlinien“ wie folgt Ausdruck gibt:

„Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter ist das beste Mittel, um die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubekommen.“

### Gegen die nationalsozialistischen Unternehmernechte! Die gelbe Sumpfpflanze der NSD.

Die Mißerfolge der KPD. und RSD. bei der Eroberung der Betriebe und bei der beabsichtigten Zerschlagung der Gewerkschaften lassen die Nationalsozialisten nicht ruhen. Nun wollen sie es einmal versuchen, die freien Gewerkschaften aus den Betrieben hinauszudrängen, nun wollen sie sich einmal an dem fählernten Bollwerk der Arbeiterorganisationen den Schädel einrennen. So sicher es ist, daß es den Nazis nicht gelingen wird, den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zu brechen und große Massen der Arbeiterschaft von den freien Organisationen zu sich herüberzuziehen, so wenig dürfen wir die Gefahren unterschätzen, die der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften aus dieser nationalsozialistischen Wühlarbeit erwachsen können. Wir dürfen das um so weniger tun, als die Nationalsozialisten wie immer auch in ihrem Angriff auf die Betriebe, d. h. auf die Gewerkschaften und auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft, mit den allerwertvollsten Mitteln arbeiten, mit Mitteln, die so sehr jedem Aufstandsgefühl eines organisierten Arbeiters widerprechen, so sehr jedes sozialistische Empfinden vermissen lassen, daß es für unsere Gegenwehr und für unseren Gegenangriff nur nützlich sein kann, diese schmutzige Kampfweise kennenzulernen.

Das von der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Reichsbetriebszellenabteilung) herausgegebene Rundschreiben mit seinen „Vertraulichen Richtlinien“ zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebsmarxismus“, auf das wir schon einmal im „Proletarier“ hinwiesen, enthält wertvolle Aufschlüsse darüber, wie sich die Nazis ihren Kampf denken und mit welchen Mitteln sie die Betriebe erobern wollen. In der Wahl der Mittel sind sie absolut nicht wählerisch. Das geht schon aus der Belehrung hervor, die den in den Betrieb hineingekommenen nationalsozialistischen Funktionären erteilt wird:

„Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter ist das beste Mittel, um die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubekommen.“

„Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter ist das beste Mittel, um die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubekommen.“

„Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter ist das beste Mittel, um die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubekommen.“

„Ein schlimmeres Zusammenspiel von Heuchelei nach außen und Knechtseligkeit gegenüber dem Arbeitgeber nach innen läßt sich kaum denken. Man will die Arbeiter zu Spiegeln im Dienste der Unternehmer erziehen, damit sie ihre Kollegen um Arbeit und Brot bringen können, nur damit der Partei ein paar minderwertige Subjekte als Anhänger zugeführt werden können. Die moralische Verwilderung, aus der solche Anweisungen entspringen sind, ist schlechthin unübertrefflich.“

Dieser moralischen Verwilderung setzen die freien Gewerkschaften ihre ganze auf moralischem Verantwortungsgesühl für das Wohl der Arbeiterschaft gegründete sittliche Kraft entgegen. Darüber hinaus müssen wir aber werden

für unsere Organisation, müssen die Arbeitermassen noch viel mehr aufklären über die Gefahren, die ihnen aus den nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen drohen, denn das ist das wahre Ziel der Nazis:

Zerschlagung des Tarifwesens, des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherungen, des Mitbestimmungsrechtes im Staate und in der Wirtschaft.

Dem gilt es zu begegnen, und zum Schutze dieser in jahrzehntelangen Kämpfen errungenen sozialpolitischen Einrichtungen rufen die Gewerkschaften alle ihre Mitglieder zu verstärkter Aktivität, zu neuer unermüdlicher Werbearbeit für die freien Gewerkschaften auf.

## Unsere Tarifverträge im Jahre 1931.

Der Bericht über unsere Tarifverträge für das Jahr 1931 gleicht im allgemeinen dem für das Vorjahr. Die Bedingungen, unter denen unsere Organisation mit den Unternehmern verhandeln und Tarifverträge abschließen mußte, waren im großen und ganzen ja auch dieselben, wie im Jahre 1930, abgesehen von der gesteigerten Zahl der Arbeitslosen, die sich aber weniger in der Zahl der Tarife als in dem Rückgang der Beschäftigtenzahlen zeigt. Außerordentlich starken Einfluß auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften übte die vierte Notverordnung aus, wie aus dem Bericht noch ersichtlich sein wird. Die Zahl der Tarife, die am Jahresabschluss bestanden, ist fast die gleiche wie im Jahre 1930. Auch die Zahl der erfaßten Betriebe hat sich nicht viel geändert, mit Ausnahme der von den Arbeitszeitabkommen berührten Betriebe, bei denen ein erheblicher Rückgang festzustellen ist.

Die Zahl der in den tariflich erfaßten Betrieben Beschäftigten ist weiter zurückgegangen, und zwar am stärksten bei den unter die Lohnsätze fallenden Arbeitern und Arbeiterinnen. Hier trifft uns die Steigerung der Arbeitslosenzahlen am allerdrücklichsten entgegen; aber auch der Mitgliederverlust, den wir im Jahre 1931 erlitten haben, macht sich in dem Sinken der Zahl der bei uns organisierten bemerkbar. Der Anteil unserer Verbandsmitglieder an der Gesamtzahl der Beschäftigten hat eine leichte Verbesserung gegen das Jahr 1930 erfahren. Er beträgt bei den Manteltarifen 52,9, bei den Lohnsätzen 53,6, bei den Arbeitszeitabkommen 66,8 und bei den Volltarifen 68,8 v. H.

Zahl der	Manteltarife		Lohnsätze		Arbeitszeitabkommen		Volltarife	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Tarife . . .	683	688	902	993	14	13	71	74
Betriebe . .	11 332	10 279	9 351	8 862	739	428	107	114
Beschäftigten	855 757	799 694	761 876	612 933	84 658	70 025	64 76	5049
Von den Beschäftigten waren weiblich	209 191	197 715	184 102	147 070	31 225	24 643	1796	1336
Organisierten	550 321	517 487	500 275	404 450	59 354	52 690	4917	4318
Von den Organisierten waren Mitglieder des FAO	450 425	423 188	410 390	328 984	52 159	46 808	3811	3477

Von den im Jahre 1931 abgelaufenen Verträgen aller Art wurden nur 35 Tarife für 1783 Betriebe mit 267 322 Beschäftigten ohne Änderungen erneuert. Im Vorjahre wurden noch 198 Tarife ohne Änderungen, d. h. wohl in den allermeisten Fällen ohne Verschlechterungen erneuert. Die Zahl der mit Änderungen erneuerten Tarife stieg von 177 (im Jahre 1931) auf 938 Tarife für 12 708 Betriebe mit 997 946 Beschäftigten. Durch Verordnung der Reichsregierung (vierte Notverordnung) wurden erneuert bzw. verlängert 688 Tarife für 8844 Betriebe mit 595 693 Beschäftigten, von denen 317 992 Mitglieder unseres Verbandes waren. Für 11 Tarife, die 106 Betriebe mit 12 739 Beschäftigten betrafen, schwebten die Verhandlungen am Jahresabschluss noch und in 86 Fällen für 758 Betriebe mit 23 933 Beschäftigten kam kein Vertrag zustande.

Die Neuabschlüsse von Tarifverträgen, die im Jahre 1931 stattfanden, betrafen:

Industrie	Manteltarife		Lohnsätze		Arbeitszeitabkommen		Volltarife	
	Anzahl der							
	Tarife	Betriebe	Beschäftigten insgesamt	Beschäftigten weiblich	Betriebe	Beschäftigten insgesamt	Beschäftigten weiblich	Betriebe
Chemie . . .	61	2 068	294 286	69 705	131 018	130	1934	232 735
Papier . . .	54	1 244	123 368	26 225	64 234	91	822	92 351
Nahrungsmittel	80	920	81 831	35 360	37 290	121	576	61 068
Textil . . .	110	2 393	68 608	8 627	12 712	129	1989	54 486
Zement . . .	18	69	10 913	475	4 491	16	57	4 016
Metalle	186	1 642	70 356	8 334	37 785	257	1329	48 072
Metallwaren	72	793	74 962	11 807	50 416	126	739	57 107
Feinmechanik	9	328	49 169	24 408	33 721	12	333	49 087
Spezialmaschinen	5	323	3 726	1 434	2 029	8	674	6 143
Blumen, Federn	15	173	3 693	2 553	2 497	14	170	3 325
Sonstige . . .	78	306	18 782	8 757	8 995	89	239	14 543
<b>Zusammen</b>	<b>683</b>	<b>10 279</b>	<b>799 694</b>	<b>197 715</b>	<b>423 188</b>	<b>938</b>	<b>12 708</b>	<b>997 946</b>

Der Bericht über unsere Tarifverträge zeigt, daß trotz aller Angriffe auf das Tarifwesen und trotz aller Eingriffe durch den Gesetzgeber die Tarifverträge immer noch ein starker Schutz für die Arbeiterschaft sind, ein fester Wall gegen die Absichten der Arbeitgeberverbände, die Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder ganz nach eigenem Ermessen festsetzen zu können. Trotzdem die Arbeiterschaft hier und da ein Stück des früher Errungenen preisgeben mußte, dürfen wir den unermüdlichen Kampf der Beschäftigten nicht unterschätzen. Daß das Tarifwesen ohne grundlegende Verschlechterungen durch die fürchterliche Krise bis jetzt bestanden hat, ist allein ein überzeugender Beweis für seine Notwendigkeit. Eine Rückkehr zu den „alten guten Zeiten“, in denen der Arbeitgeber selbst-

48 Manteltarife für 79 Betriebe mit 5575 Beschäftigten (davon 793 weiblich), von denen 3505 Mitglieder unseres Verbandes waren;

146 Lohnsätze für 671 Betriebe mit 22 414 Beschäftigten (6575 weiblich), von denen 13 340 im Fabrikarbeiterverband organisiert waren;

ein Arbeitszeitabkommen für acht Betriebe mit 780 Beschäftigten, von denen 263 unserer Organisation angehörten; sieben Volltarife für neun Betriebe mit 397 Beschäftigten (69 weiblich), von denen 279 bei uns organisiert waren.

Von den im Jahre 1931 erfolgten Tarifabschlüssen — 1863 Tarife für 24 102 Betriebe mit 1 890 127 Beschäftigten (davon 433 089 weiblich), von denen 979 472 Mitglieder unseres Verbandes waren — kamen 1163 ohne Arbeitszeiteinstellung zustande, in 12 Fällen mußte die Arbeit niedergelegt werden. 688 Fälle fielen unter die vierte Notverordnung.

Inwieweit die Tarifbewegungen durch direkte Verhandlungen oder durch Schlichtungsinstanzen irgendwelcher Art beendet wurden, geht aus der folgenden Tabelle hervor.

Industrie	Die Tarifbewegungen wurden beendet durch:									
	direkte Verhandlungen		tarifliche Schlichtungsinstanzen		über-erbarte Schlichtungsinstanzen		behördliche		4. Notverordnung	
	Zahl	Beschäftigte	Zahl	Beschäftigte	Zahl	Beschäftigte	Zahl	Beschäftigte	Zahl	Beschäftigte
Chemie . . .	63	71 623	21	90 599	3	6 107	50	262 322	99	226 557
Papier . . .	74	15 810	10	47 452	3	5 856	40	119 135	66	89 526
Nahrungsmittel	77	29 809	19	17 051	3	8 150	20	6 412	94	45 456
Textil . . .	41	9 426	9	15 300	5	25 261	105	81 131	87	61 381
Zement . . .	7	1 238	1	1 821	—	—	10	4 259	12	3 598
Metalle	164	37 635	33	17 834	4	497	117	35 577	171	48 968
Metallwaren	76	16 333	5	5 360	14	37 698	55	46 460	75	48 966
Feinmechanik	14	2 789	—	—	—	236 000	7	2 113	8	49 457
Spezialmaschinen	5	783	—	—	—	—	7	4 862	4	2 606
Blumen, Federn	10	850	—	—	—	—	5	4 068	8	2 648
Sonstige . . .	62	13 312	—	—	—	20	31	13 281	64	16 843
<b>Zusammen</b>	<b>593</b>	<b>199 608</b>	<b>98</b>	<b>195 617</b>	<b>37</b>	<b>319 589</b>	<b>447</b>	<b>579 620</b>	<b>688</b>	<b>595 693</b>
<b>In Prozent</b>	<b>31,8</b>	<b>10,6</b>	<b>5,3</b>	<b>10,3</b>	<b>2,0</b>	<b>16,9</b>	<b>24,0</b>	<b>30,7</b>	<b>36,9</b>	<b>31,5</b>
<b>1930 in Prozent</b>	<b>49,1</b>	<b>32,5</b>	<b>7,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>47,8</b>	<b>39,4</b>	<b>14,9</b>		

Die Möglichkeiten zu erfolgreichen direkten Verhandlungen waren im Jahre 1931 noch geringer als im Vorjahre. Konnten im Jahre 1929 noch 63,5 v. H. aller Tarifbewegungen durch direkte Verhandlungen zum Abschluß gelangen, so war dieser Prozentsatz im Jahre 1930 schon auf 49,1 gesunken und beträgt für 1931 nur noch 31,8. Dafür greift aber die Gewalt des Gesetzgebers um so nachdrücklicher in die Tarifpolitik der Gewerkschaften ein, 36,9 Prozent aller Tarifbewegungen werden durch die Bestimmungen der vierten Notverordnung getroffen und zeitigen in fast allen Fällen ein für die Arbeiterschaft ungünstiges Ergebnis. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften leidet also ebenso wie die Gewerkschaftsarbeit überhaupt unter den beiden hervorstechendsten Merkmalen des Jahres 1931: Arbeitslosigkeit und Notverordnungen.

Über den Bestand an Tarifverträgen aller Art in den wichtigsten Industrien unseres Verbandes unterrichtet die folgende Tabelle. Sie zeigt auch die Zahl der erfaßten Betriebe, der Beschäftigten (und wieviel davon weiblichen Geschlechts waren) und der im Fabrikarbeiterverband organisierten.

Industrie	Manteltarife		Lohnsätze		Arbeitszeitabkommen		Volltarife	
	Anzahl der							
	Tarife	Betriebe	Beschäftigten insgesamt	Beschäftigten weiblich	Betriebe	Beschäftigten insgesamt	Beschäftigten weiblich	Betriebe
Chemie . . .	61	2 068	294 286	69 705	131 018	130	1934	232 735
Papier . . .	54	1 244	123 368	26 225	64 234	91	822	92 351
Nahrungsmittel	80	920	81 831	35 360	37 290	121	576	61 068
Textil . . .	110	2 393	68 608	8 627	12 712	129	1989	54 486
Zement . . .	18	69	10 913	475	4 491	16	57	4 016
Metalle	186	1 642	70 356	8 334	37 785	257	1329	48 072
Metallwaren	72	793	74 962	11 807	50 416	126	739	57 107
Feinmechanik	9	328	49 169	24 408	33 721	12	333	49 087
Spezialmaschinen	5	323	3 726	1 434	2 029	8	674	6 143
Blumen, Federn	15	173	3 693	2 553	2 497	14	170	3 325
Sonstige . . .	78	306	18 782	8 757	8 995	89	239	14 543
<b>Zusammen</b>	<b>683</b>	<b>10 279</b>	<b>799 694</b>	<b>197 715</b>	<b>423 188</b>	<b>938</b>	<b>12 708</b>	<b>997 946</b>

herrlich den Lohn und die Arbeitszeit festsetzte und der Arbeitssklave „den Lohn als eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung“ ansehen mußte, kann es nicht geben, das widerprüchliche allen Gesetzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Im Gegenteil ist ein weiterer Ausbau des Tarifwesens im Interesse der Arbeiterschaft notwendig. Solange der Arbeiter noch gezwungen ist, seine Arbeitskraft in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verkaufen, bedarf er dieser tariflichen Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die aber nicht denkbar ist ohne starke Gewerkschaften, ohne große Arbeiterorganisationen. Ausbau, Stärkung der Gewerkschaften muß also auch im Hinblick auf das Tarifwesen die Parole für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sein.

## Von Nationalsozialisten ermordet.

Franz Gruhn †.

Am 3. Mai wurde in Neuteich (im Gebiet der Freien Stadt Danzig) unser Verbandskollege und Funktionär, der sozialdemokratische Stadtverordnete Franz Gruhn, vor den Augen seiner Frau von einem Nationalsozialisten ermordet.

Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß in irgend einem Orte Deutschlands Arbeiterblut fließt, Arbeiterblut vergossen wird von den vertierten Angehörigen einer Partei, die sich mit verbrecherischer Demagogie selbst eine „Arbeiterpartei“ nennt. Blindwütender Haß gegen alles, was Marxist, was wirklich Sozialist heißt, barbarische Mordgier, von gewissenlosen Führern aufgepeitscht, tobt sich täglich in unerhörten Gewalttaten gegen die sozialistische Arbeiterschaft und ihre Funktionäre und Führer aus. Und besonders in den Orten und in den Ländern, in denen sich die Nazis stark fühlen, in denen sie vielleicht sogar die Mehrheit haben oder, noch besser für sie, an der Regierung maßgebend beteiligt sind, ist die Arbeiterschaft nahezu vollkommen vogelfrei geworden und schutzlos den nationalsozialistischen Amokläufern preisgegeben. Ihnen ist nun auch unser Kollege Franz Gruhn zum Opfer gefallen. Der Mord hat sich folgendermaßen ergeben:

Bei einer landwirtschaftlichen Veranstaltung in Neuteich hatte sich der nationalsozialistische Arbeiter Rudzinski, berüchtigt als Führer der SS, stark betrunken. Als er auf der Straße einige Frauen traf, die sich lachend unterhielten, bezog er dies Lachen auf sich, beschimpfte diese Frauen und wurde auch fälschlich gegen die Frau unseres Kollegen Gruhn. Als dieser den Rudzinski darauf zur Rede stellte, kamen noch drei Nazis hinzu, die für ihren Gesinnungsgenossen Partei ergriffen und Gruhn zu Boden warfen. Auf den wehrlos am Boden liegenden Kollegen Gruhn feuerte Rudzinski vier Schüsse ab, die unseren Kollegen sofort töteten.

Vor den Augen seiner Frau ermordet! Um nichts, weil der Mörder betrunken war und vielleicht dadurch einigen Frauen Anlaß zur Heiterkeit gegeben hatte. Nichts kennzeichnet besser die entsetzliche Verrohung, die geradezu tierische Verwilderung vieler Angehörigen der Nazi-Partei und vieler SA-Leute, als dieser kaltsblütige Mord an einem Wehrlosen, einem Morde, dem außer den drei Spießgesellen des Mörders auch noch zwei andere Naziprominente fröhlich lächelnd zusahen. Herr Hitler, wie sagten Sie: „Es geschieht nichts in meiner Partei, was ich nicht weiß, mehr noch, nichts, was ich nicht wünsche.“ Rudzinski hat diesen fürchterlichen Mord an unserem Verbandskollegen begangen, mindestens ebenso schuldig an diesem, wie an allen anderen, an den „Marxisten“ begangenen Bluttaten sind aber die geistigen Urheber dieser Verbrechen, die Leute, die von der Nacht der langen Messer, von der aufblühenden Hanfindustrie und vom Körperrollen schwärmten und die Mordgier ihrer braunbehaarten Bravos täglich aufs neue aufstachelten. Und — mitschuldig sind auch die Instanzen, die nicht mit der notwendigen Entschlossenheit und Rückwärtslosigkeit dem verbrecherischen blutigen Treiben der SA und SS entgegentraten, und die aus der Rechtsprechung eine Rechts-Sprechung werden ließen, wie jetzt wieder der empörende Urteilspruch im schlesischen Nazimordprozeß beweist. „Sie leben ja noch“, sagte der Richter zu der unglücklichen Frau des auf viehische Weise von den Nazis ermordeten Mann in Schlesien. Arbeiterblut ist billig geworden, nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig, das scheint die Ansicht vieler Leute zu sein, die über Recht und Gerechtigkeit wachen sollten. Bezeichnend ist, daß die „Danziger Volksstimme“, die eine wahrheitsgetreue Darstellung des Mordes an unserem Kollegen Gruhn gab, auf drei Monate verboten wurde.

Der blutige Tod unseres Kollegen Franz Gruhn mahnt uns mit fürchterlicher Eindringlichkeit zu neuem unerbittlichen Kampf gegen den bluttriefenden Faschismus, er zeigt uns, was der Arbeiterschaft wartet, wenn die Nazis in Preußen, in Deutschland die Nacht an sich reißen könnten. Vergessen wir den ermordeten Kollegen nicht! Vergessen wir aber auch die Mörder nicht!

## Albert Thomas †.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, starb plötzlich am 8. Mai. Er hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Einer der aktivsten Männer des internationalen Sozialismus ist mit Albert Thomas dahingegangen. Den Gewerkschaften aber war er noch mehr. In der zwölfjährigen Wirklichkeit als Leiter des Internationalen Arbeitsamtes war er zum stärksten Faktor der internationalen Sozialpolitik geworden. Nur den ungewöhnlichen Fähigkeiten, Begabungen und Verdiensten eines Albert Thomas war es möglich, aus dem Internationalen Arbeitsamt das zu machen, was es geworden ist. Nach dem Versailler Friedensvertrag sollte ein Amt geschaffen werden, das sich mit den sozialen Problemen in überstaatlichem Maße beschäftigen sollte. Noch war die Welt durch den fürchterlichen Krieg zerrissen. Die Völker fanden sich feindlich gegenüber. In ein internationales Zusammenarbeiten war kaum zu denken. In dieser Situation wurde Albert Thomas an die Spitze dieses Amtes berufen. Seine Aufgabe war es, einem theoretischen Plan, für den es weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart irgendwelche vergleichbare Beispiele gab, glückliches Leben zu geben. Mit dem ihm eigenen Eifer und einer nie ermüdenden Arbeitskraft hat sich Albert Thomas der neuen Aufgabe gewidmet. Das I.A.A., dessen beratende und beschließende Körperschaften aus Gewerkschaftsvertretern, Vertretern der Unternehmerverbände und den Vertretern der Regierungen gebildet werden, ist im Laufe der Jahre zu einem starken Faktor im Zusammenwirken der Völker geworden. Die Schriften des I.A.A. legen von der Tätigkeit dieser internationalen Behörde Zeugnis ab.

In rastlosem Eifer versuchte Thomas die Geschäfte seines Amtes in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Von Jahr zu Jahr konnte er mitteilen, daß die Zahl der Klassifikationen der einzelnen Gesetzentwürfe größer und größer wurde. Thomas war im wahren Sinne des Wortes international, trotzdem er in seinem Wesen Franzose geblieben ist. Uns Deutschen war er kein Fremder. Er hat in Deutschland eine Zeit studiert, ist auch als Direktor des I.A.A. sehr oft hier gewesen und hat in sehr vielen Verammlungen und Konferenzen das Wort genommen. Er hatte es sich zur Auf-

gabe gefest, die beiden Länder Deutschland und Frankreich auf der Linie friedlicher Verständigung zusammenzubringen. Seine Tätigkeit auf diesem Gebiete ist von Erfolg begleitet gewesen.

Mit der ihm innewohnenden Energie hat sich Thomas in den letzten Monaten seines Lebens der internationalen Arbeitsbeschaffung angenommen. Er war sich der Gefahr bewußt, die das Heer der 25 Millionen Arbeitslosen bedeutet. In der ersten Mai-Nummer der „Sozialen Praxis“ hat Albert Thomas in meisterhafter Weise aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Millionen Hand- und Kopparbeitern der Welt wieder Beschäftigung zu geben. In der Einleitung des Artikels sprach er von der erheblichen Bedeutung der unmittelbaren und mittelbaren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einer Bedeutung, groß genug, um den Kampf zu rechtfertigen, den der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes seit mehr als Jahresfrist für diesen Gedanken führt. In der Tat war es ein Kampf, den Thomas gegen all die Widerstände führen mußte, die seinem großzügigen Programm entgegenstanden. Und gerade in dem Augenblick, als er sich dieses Programmes wegen wiederum auf eine Reise begeben wollte, überraschte ihn der Tod. Es wird schwer sein, jemand zu finden, der das Werk dieses unermüdbaren Kämpfers fortführen kann. Von dem Sohn eines kleinen Bäckermeisters der französischen Provinz war Thomas zu einem der ersten Staatsmänner und Sozialpolitiker der Welt geworden. Ein starkes soziales Empfinden, das tiefste Mitgefühl für die leidende Menschheit, hat Thomas zu den höchsten Leistungen angespornt. Ein Beweis dafür, welche Kräfte die sozialistische Bewegung hervorzubringen vermag. Albert Thomas wird aber immer als einer der größten der internationalen Arbeiterbewegung genannt werden.

### Werbeerfolge trotz schlimmster Krise.

Schon häufig konnten wir berichten, daß trotz aller wirtschaftlichen Ungunst in vielen Zahlstellen unseres Verbandes außerordentlich gute Werbeerfolge erzielt wurden. Den vielen Zahlstellen, die wir im „Proletarier“ mit Anerkennung erwähnten, schließt sich jetzt die Zahlstelle

#### Waldenburg

an, deren tüchtige Funktionäre dem Verbands in den Monaten März und April

123 neue Mitglieder

zuführten.

#### Schöningen.

Die Zahlstelle Schöningen leidet wie so viele andere Zahlstellen unter den wirtschaftlich ungünstigsten Verhältnissen. Von den im Arbeitsgebiet der Zahlstelle vorhandenen 22 Betrieben wird nur noch in fünf Betrieben gearbeitet, und zum Teil sogar noch mit starker Verkürzung der Arbeitszeit. Trotzdem gelang es der unermüdbaren Werbearbeit unserer Funktionäre, in einer Werbeweche

18 neue Mitglieder

für den Verband zu werben. Ferner wurden vier Kollegen zurückgewonnen, die vor kurzem aus der Organisation ausgetreten waren.

#### Darmstadt.

In der Zahlstelle Darmstadt wurden im Monat April dem Verbands

96 neue Mitglieder

zugeführt, die sämtlich durch Hausagitation gewonnen wurden. Ist das nicht der beste Beweis für die Wirksamkeit der Werbung von Haus zu Haus? Wer macht es nach?

Ein Bravo den wackeren Werbemännern, die auch in der schlimmsten Krise mit Eifer und Idealismus ihre schwierige gewerkschaftliche Arbeit tun. Eifert ihnen nach!

Stärkt die Organisation! Werbt für den Verband!

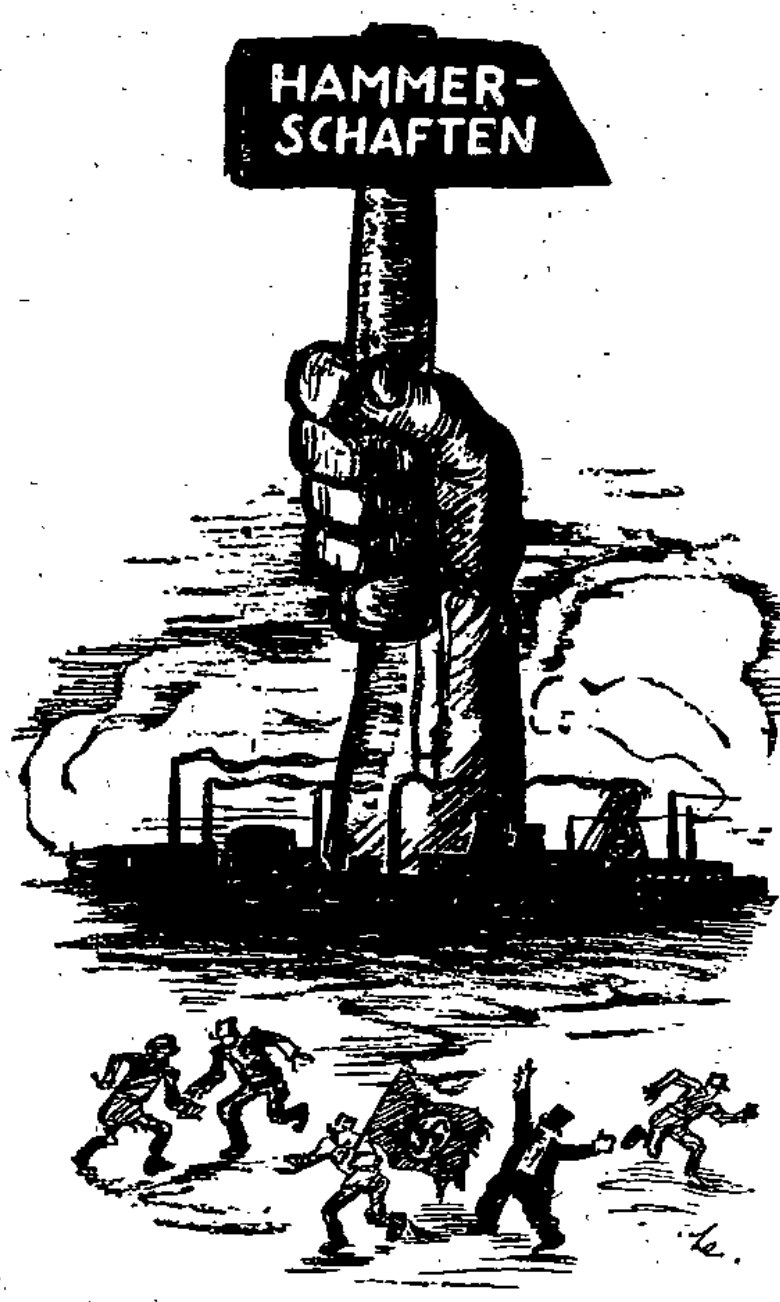
## Gewaltige Einkommensverluste der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland betrug im ersten Vierteljahr 1932 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 6 1/2 Milliarden Mark. Der Einkommensverlust wird um ein Viertel geringer sein als im ersten Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Vierteljahr 1929 mit 11,3 Milliarden Mark wird das Arbeitseinkommen in den ersten Monaten dieses Jahres um 42 v. H. auf 58 v. H. sinken. Diese Zahlen sind erschreckend. Man merkt es an allen Ecken und Enden: die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands schreitet in riesigem Umfang fort. Es wird darüber gestritten, ob der Einkommensrückgang die Krise verschärft oder umgekehrt. Kein Zweifel darf aber darüber bestehen, daß das ganze Wirtschaftsleben in eine Stockung geraten muß, wenn der größte Teil der deutschen Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger in ihrer Kaufkraft derartig geschwächt werden. Man fragt sich nur, was werden wird, wenn es in diesem Tempo so weitergeht. Bessert sich das Einkommen nicht wesentlich, so dürfte der Einkommensverlust im Jahre 1932 gegenüber 1929 etwa 20 Milliarden Mark betragen. Die Arbeitslosigkeit würde gering oder ganz verschwunden sein, wenn die fehlenden 20 Milliarden Mark als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in Erscheinung treten könnten. Was die Gewerkschaften seit Jahren fordern, Einhalt der Lohn- und Gehaltsverluste und Aufbau der inländischen Kaufkraft, ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Befundung.

## Altersaufbau und Wirtschaft.

Die durch Mechanisierung und Technisierung in weitestem Sinne ermöglichte Produktionssteigerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von Rohstoffen bis zu Fertigfabrikaten fand im letzten Jahrhundert eine Ergänzung in dem Zuwachs an Konsumenten, verbunden mit einer starken Konsumzunahme

je Kopf. Die steigenden Geburten- und die fallenden Sterblichkeitszahlen infolge immer verbesserter hygienischer Maßnahmen waren die Ursache dieser Zunahme der europäischen Menschheit und ihrer Nachkommenschaft in anderen Erdteilen. Diese Bewegung ließ aber bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts immer stärker nach. Geburtenrückgang und schließlich Bevölkerungsstagnation, die sich zuerst in Frankreich bemerkbar machte, zeigen in den übrigen Ländern allmählich eine immer ähnlichere Entwicklung, und es ist direkt auffallend, wie beispielsweise die drei Staaten Deutschland, England und die USA. eine fast parallel verlaufende Bevölkerungsentwicklung aufzuweisen haben. Durch



den Krieg wurde die stark rückläufige Bevölkerungsbewegung zweifellos noch verstärkt, und der Geburtenrückgang ist seither so rapide, daß man bereits beispielsweise in Deutschland nach der bisherigen Entwicklung mit einem Stillstand der Gesamtbevölkerung für die Jahre von 1945 an rechnen muß. Die kommenden Auswirkungen des Bevölkerungstillstandes, oder besser, des veränderten Altersaufbaues, machen sich aber im Wirtschaftsleben nicht etwa erst in einer späteren Zukunft bemerkbar, sondern wir empfinden bereits jetzt ihre wirtschaftlichen Folgen. Der anormale Altersaufbau zeigt sich bereits jetzt darin, daß die jugendlichen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge außerordentlich schwach besetzt sind, dagegen die mittleren Jahrgänge, die noch aus den stark besetzten Geburtenjahrgängen der Vorkriegszeit stammen, einen anormal stärkeren Zuwachs aufzuweisen haben. Es ist im allgemeinen übersehen worden, daß beispielsweise in Deutschland die Zahl der derzeit Erwerbslosen fast genau dem Mehrzuwachs an erwerbsfähigen Personen entspricht. Schon die Wahlkatasterzahlen zeigen, daß die über 20 Jahre alten Personen mit deutscher Staatszugehörigkeit sich allein in der Nachkriegszeit um rund 8 Millionen vermehrt haben, nämlich von 1920: 35 949 774 auf 1932: 43 934 331, während die Gesamtbevölkerung in der gleichen Zeit nur um knapp 5 Millionen gewachsen ist. Die Gründe für diese weniger beachtete Erscheinung sind die, daß die stärksten besetzten Vorkriegsjahrgänge von 1900 bis 1914, die im Gegensatz zu den vergangenen durch den Krieg nicht mehr dezimiert werden konnten, erstmalig im Wirtschaftsleben in Erscheinung treten konnten. Die Ausnutzung der vorhandenen Produktionsstätten, die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den produktiven Arbeitsprozeß, hat also die Erschließung und Erweiterung noch konsumfähiger Märkte zur Voraussetzung, und der wichtigste von ihnen ist der innere Markt, auf dem die Kaufkraft der Arbeiterschaft eine ausschlaggebende Rolle spielt.

## Nahrungsmittel-Industrie

### Was an der Margarine verdient wird.

Die Unilever hat ihren Jahresbericht über das Jahr 1931 (das 4. Rechnungsjahr) herausgebracht. Diese Gesellschaft besteht aus zwei Spitzengesellschaften, und zwar aus der Unilever N. V. in Rotterdam und aus der Unilever Ltd. in London. Die beiden Spitzengesellschaften haben ihr Aktienkapital je zu 50 Prozent gegenseitig ausgetauscht. Zwei Holding-Gesellschaften haben die Aufgabe, dieses Gleichgewicht zu halten. Der Aufbau beider Gesellschaften besteht in sechs Hauptgesellschaften, wovon wieder je drei ihren Sitz in England und in Holland haben. Hauptgesellschaften und Tochtergesellschaften haben also je zur Hälfte ihren Sitz in Holland und in England. Neben den sechs Hauptgesellschaften bestehen dann für die einzelnen Länder wieder Untergruppen für die einzelnen Gesellschaften. Jede dieser Untergruppen schließt ihre Bilanz für sich ab. Wieweit die beiden Hauptgesellschaften an den Gewinnen der Untergruppen beteiligt sind, ist im einzelnen schwer feststellbar. Der Aufbau des ganzen Konzerns ist ein Musterbeispiel dafür, wie man Unternehmungen ineinander verschachtelt, damit niemand eine klare Übersicht über das Geschäftszugebaren und über die Gewinne des Gesamtunternehmens erhält. Soviel geht indessen aus dem Bericht hervor: Die

Unilever und die zu ihr gehörenden Haupt- und Untergesellschaften haben auch im Jahre 1931 glänzende Geschäfte gemacht.

Im Bericht wird besonders hervorgehoben, daß der Konzern bei den Rohstoffen, namentlich aber beim Tran, Verluste gehabt hat. Über die Rohstoffversorgung heißt es darin:

„Bei der Wertung der Rohstoffvorräte der uns unterstehenden und angeschlossenen Gesellschaften ist bis jetzt das allgemeine Prinzip gewesen, die Rohstoffe gegen mittleren Kaufpreis aufzunehmen. Da unsere Organisation ihren Bedarf an Rohstoffen geraume Zeit vorher decken muß, war die unerwartete Senkung, die die Warenpreise in der ganzen Welt erfahren haben, zu unserem Nachteil, weil sie den normalen Unterschied zwischen dem Kaufpreis einiger unserer Endprodukte und dem Preis, gegen den diese konkurrierend an die Kunden verkauft wurden, zerstörte.“

Weiter wird dann gesagt, daß die Unilever, wieder besonders beim Tran, erhebliche Verluste gehabt hat. Die im Jahre 1932 gegründete Rohstoffeinkaufs-Gesellschaft und ihre Vorläufer hatten große Mengen Tran aufgekauft, und zwar zu festen mittleren Preisen. Der Tranpreis ist aber im Laufe des letzten Jahres erheblich gesunken. Diesen gesunkenen Preisen mußte sich die Rohstoffeinkaufs-Gesellschaft bei Abgabe ihres Trans an die Untergesellschaften anpassen. Die Folge davon waren erhebliche Verluste beim Trangeschäft. Die Unilever N. V. hat daher 13,5 Millionen Gulden und die Unilever Ltd. 950 000 englische Pfund für weitere Verluste am Trangeschäft zurückgestellt.

Aber das Abschlaggeschäft der fertigen Produkte und über die Preise derselben enthält der Geschäftsbericht fast nichts. Es wird bei dem großen Umfange dieses Unternehmens auch kaum möglich sein, daß die zentralen Stellen irgendwelchen Einfluß auf die Preisgestaltung bei den Fertigprodukten ausüben. Das ist vielmehr Sache der Tochtergesellschaften.

An dem Umfang dieses Unternehmens hat sich im letzten Jahre wenig geändert. Der Ausdehnungsdrang wurde durch die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr stark eingedämmt. Innerhalb des Konzerns sind Verschiebungen für Beteiligungen der Hauptgesellschaften an den Untergruppen und auch umgekehrt vorgekommen. Das Gesamtbild der Gesellschaft wird aber dadurch nicht verändert. Die Unilever hat sich als krisenfest erwiesen. Sie hat auch im letzten Jahre die Erwartungen ihrer Aktionäre erfüllt und hat einen guten Gewinn ausgeschüttet. Der Abschluß der beiden Hauptgesellschaften zeigt folgendes Bild:

	Unilever N. V. Gulden	Unilever Ltd. Pfd. St.
Eingezahltes Aktienkapital	204 284 500,—	14 138 750,00
Reservefonds	96 127 409,81	5 823 311,09
Reingewinn 1931	30 023 716,98	1 733 805,06
Übertrag von 1930	906 513,65	43 197,07

Der Reingewinn wird wie folgt verteilt:

Erste Dividende	9 192 010,—	752 250,16
Schlusdividende	6 810 540,—	565 937,10
Für den besonderen Reservefonds	13 500 000,—	350 000,00
Für Belastungen reserviert	400 000,00	—
Übertrag für 1932	1 081 680,63	108 814,07

Das eingezahlte Aktienkapital der Unilever N. V. beträgt also 204 284 500 Gulden. Rechnen wir den erzielten Reingewinn auf das eingezahlte Aktienkapital um, dann ergibt das 14,7 Prozent. Bei der Unilever Ltd. beträgt das eingezahlte Aktienkapital 14 138 750 Pfd. St. Der Gewinn, auch hier auf das eingezahlte Aktienkapital umgerechnet, ergibt 12,3 Prozent. Die holländische Spitzengesellschaft hat also prozentual einen wesentlich höheren Gewinn erzielt als die englische Gesellschaft. Das dürfte wohl in der Hauptsache auf die Entwertung des englischen Pfundes zurückzuführen sein.

Die Gewinnverteilung erfolgt derart, daß die holländische Spitzengesellschaft eine Dividende von 8 Prozent und die englische eine solche von 10 Prozent verteilt. Die Spitzengesellschaft, die prozentual den niedrigsten Gewinn hat, verteilt also die höchste Dividende. Durch diese unterschiedliche Verteilung soll erreicht werden, daß die Aktionäre, gemessen an der Entwertung des englischen Pfundes, aus der englischen Spitzengesellschaft in Goldwährung die gleiche Dividende erhalten wie aus der holländischen. Eine weitere Durchsicht der Bilanz zeigt, daß die beiden Spitzengesellschaften bei der Besetzung des Aufsichtsrates eine vollständige Personalunion durchgeführt haben. Die Beherrschter und die Hauptaktionäre in beiden Spitzengesellschaften sind dieselben Leute. Woher die Herren also ihre Dividende erhalten, kann ihnen gleich sein, die Hauptsache ist, sie erhalten sie in reichlichem Maße, und das ist auch hier im Jahre der größten Not der Fall.

Wie bei allen Gesellschaften, zeigen die Bilanzen hier nur die Reingewinne auf. Daß vorher reichliche Abschreibungen, reichliche Überführungen an den Reservefonds usw. stattgefunden haben, kann man bei einer derartigen Gesellschaft als selbstverständlich ansehen. Tantiemen und Entschädigungen an Aufsichtsratsmitglieder, Vorstandsmitglieder der einzelnen Gesellschaften usw. werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Gerade hier aber bietet sich die Möglichkeit, die Hauptgesellschafter mit besonderen Entschädigungen zu bedenken; und da sie nun in den beiden Spitzenorganisationen vertreten sind, dürften diese Entschädigungen nicht gering sein. Was die Bilanz also an Gewinn ausweist, dürfte nur ein kleiner Teil von dem wirklich erzielten Gewinn sein.

Der Bilanz sind dann auch die Geschäftsergebnisse der sechs Hauptgesellschaften beigelegt, die wieder jede für sich einen gesonderten Geschäftsbericht herausgeben. Auch in diesen Geschäftsberichten finden wir die Klage über die Verluste an Tran wieder. So hat z. B. die „Hovema“ aus dem Gewinn 700 000 Gulden für Tranverluste in der Zukunft zurückgestellt. Auch die übrigen Hauptgesellschaften haben bedeutende Posten aus dem Gewinn für diesen Zweck abgeschrieben.

In den Berichten der Hauptgesellschaften kommt zum Ausdruck, daß die niedrigen Butterpreise auf die Verkaufspreise für Margarine gedrückt haben. Durch Senkung der Rohstoffpreise und durch Einschränkung der Betriebskosten konnte dieses Manko wieder weitgemacht werden. Die Herausgabe der neuen Marken „Sanella“ und „Norma“ brachte den Unilever-Betrieben einen vollen Erfolg. In bezug auf Abschreibungen auf Immobilien usw. heißt es in einem dieser Berichte: „Wie gebräuchlich, ist erheblich auf Immobilien abgeschrieben mit dem Erfolg, daß der Posten „Land, Bauwerke,

Maschinen, Werkzeuge usw." um reichlich 450 000 Gulden weniger wurde. Die Bewertung geschah, wie stets, zum Einstandspreis nach Abzug von Abschreibungen." Daß diese Abschreibungen reichlich waren, zeigt ein anderes Beispiel. So beträgt das Konto „Land, Gebäude, Maschinen usw.“ der Gesellschaft Anton Jurgens Vereinigte Fabriken insgesamt 1 Gulden. Dieses ist eine der ältesten Gesellschaften, die sicher Millionenwerte in Gebäuden, Maschinen usw. stecken hat. Das ganze steht bei dieser Gesellschaft mit 1 Gulden zu Buche. Die ganzen Sachwerte sind also im Laufe der Jahre bis auf 1 Gulden abgeschrieben; soviel hat diese Gesellschaft an einem wichtigen Nahrungsmittel, an der Margarine, verdient. Eine Zusammenstellung der Hauptposten bei den Abschlüssen der sechs Hauptgesellschaften zeigt folgendes Bild:

	Gesellschaften					
	Dever Br. Ltd.	Jurgens Ltd.	u. d. Bergh Ltd.	Jurgens Ver. Fabr.	u. d. Bergh Ver. Fabr.	Sovema
	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Pfd. Sterl.	Gulden	Gulden	Gulden
Eingezahltes Aktienkapital	59 369 584	5 000 000	4 137 500	166 698 000	61 000 000	36 000 000
Verpflichtungen	6 924 192	—	—	12 000 000	—	—
Gewinn	1 173 099	236 540	273 199	664 871	457 347	332 944
Reingewinn	6 111 292	474 938	501 923	22 076 961	6 167 902	3 713 744
Gewinn in Prozent	10,3	9,5	12,1	13,2	10,1	10,3

Auch die sechs Hauptgesellschaften der Unilever haben im Jahre 1931, im Jahre der größten wirtschaftlichen Not, Gewinne erzielt, die bei zwei Gesellschaften wesentlich über 10 Prozent, bei drei Gesellschaften rund 10 Prozent und bei einer Gesellschaft etwas unter 10 Prozent liegen. In wie weit nun die Gewinne der Hauptgesellschaften in den Gewinnen der beiden Dachorganisationen mit enthalten sind, ist aus der Bilanz nicht genau ersichtlich. Aus den Geschäftsberichten der Hauptgesellschaften geht indes hervor, daß in der Verwaltung dieser Gesellschaften wiederum z. T. die gleichen Personen sitzen, wie in den beiden Spitzenorganisationen. Das zeigt, daß die Hauptgesellschaften in der Spitzenorganisation entweder direkt im Besitz des Gesellschaftskapitals in den Hauptgesellschaften sind, oder die Spitzengesellschaften besitzen einen erheblichen Teil dieses Kapitals. Wie es aber auch ist, auf alle Fälle sind die ausschlaggebenden Personen in der Spitzenorganisation und in den Hauptgesellschaften entweder an leitender oder an kontrollierender Stelle dieselben.

Ein Vergleich des eingezahlten Kapitals bei den Spitzenorganisationen und bei den sechs Hauptgesellschaften zeigt, daß in wirtschaftlicher Beziehung das Hauptgewicht in den Hauptgesellschaften liegt. So hat die Lever-Gruppe allein ein Aktienkapital von rund 59,4 Millionen Pfund, die drei englischen Hauptgesellschaften haben zusammen als eingezahltes Aktienkapital rund 58 507 084 Pfund und die englische Dachgesellschaft hat nur ein Aktienkapital von 14,13 Millionen Pfund. Ähnlich liegen die Dinge bei den holländischen Gesellschaften. Die Hauptgruppe ist hier die Jurgensgruppe. Sie hat ein eingezahltes Aktienkapital von rund 166,7 Millionen Gulden. Alle drei holländischen Hauptgesellschaften haben zusammen ein eingezahltes Aktienkapital von 263,7 Millionen Gulden und die holländische Spitzenorganisation hat dagegen nur 204 284 500 Gulden. Diese Gegenüberstellung zeigt recht deutlich, daß das wirtschaftliche Schwergewicht in den sechs Hauptgesellschaften liegt, und daß die beiden Spitzengesellschaften nur als Dachorganisation zwecks Zusammenfassung des ganzen dienen. Da nun überall volle Personalunion besteht, so finden wir in den einzelnen Gesellschaften entweder in leitender oder in kontrollierender Stelle immer wieder die gleichen Personen. Das heißt also, ein sehr enger Kreis von Personen sitzt in den Vorständen und Aufsichtsräten all dieser Gesellschaften.

Bemerkenswert ist noch, daß die holländische Spitzengesellschaft nur einen Gewinn von 8 Prozent verteilt hat, während die drei holländischen Hauptgesellschaften eine Dividende von 10 Prozent verteilen. Aus der bisherigen Besprechung geht hervor, daß die Unilever auch im Jahre 1931 geschäftlich sehr gut abgeschnitten hat. Von einer wirtschaftlichen Not ist in den Geschäftsberichten nichts zu merken. Man hat in dieser Gesellschaft, die erst ein paar Jahre besteht, riesige Reserven angehäuft. Man hat daneben große Abschreibungen auf Immobilien usw. vorgenommen. Ein beschränkter Kreis von Personen bezieht entweder als Präsident, Direktor, Vorstandsmitglied oder Aufsichtsratsmitglied aus den Gewinnen Riesensummen, die in der Bilanz nicht zum Ausdruck kommen. Daneben müssen die in den stillgelegten Betrieben investierten Kapitalien verzinst werden. Trotz all dieser Verteilung von versteckten Gewinnen wird noch eine Dividende von 10 Prozent verteilt. Mehr kann man wirklich nicht erwarten. In einem zweiten Artikel kommen wir auf die deutschen Unternehmungen zurück und werden zeigen, wie sich die Dinge für die Arbeiterklasse angedeutet haben.

### Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

#### Achtet auf die richtige Beitragsklasse bei den sozialen Versicherungen!

Aus dem Offizier unseres Verbandsgebietes wird uns berichtet, daß manche Unternehmer zu recht eigenartigen Praktiken greifen um neben dem Lohnabzug noch ein Extragehälften zu machen. Sie suchen vielfach die Arbeiter zu veranlassen, sich damit einverstanden zu erklären, daß für sie bei der Anmeldung zur Krankenkasse eine niedrigere Lohnklasse angegeben wird, als dem Verdienst nach vorgeschrieben ist. Wir warnen unsere Kollegen und Kolleginnen davor, auf diese Einflüsterungen einzugehen. Abgesehen von dem materiellen Schaden, den die Arbeiter selbst dann bei Krankheitsfällen usw. erleiden, da die niedrigeren Beiträge sich ja auf die Unterhaltungen durch die Kassen auswirken, helfen sie durch solche Umgehungen der einschlägigen Bestimmungen nur dazu mit, die Sozialversicherung in Schwierigkeiten und in Mitleidenschaft zu bringen. Es ist eine dankbare Aufgabe für die Betriebsräte, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in ihren Ansprüchen an die Sozialversicherung dadurch geschädigt werden, daß die Beitragsleistung zu den Krankenkassen usw. nicht in der vorgeschriebenen Höhe erfolgt. Für die Anmeldung zu den richtigen Lohnklassen und

für die Abführung der festgesetzten Kassenbeiträge ist der Arbeitgeber verantwortlich. Er kann unter Umständen für den Schaden haftbar gemacht werden, den ein Beschäftigter dadurch erleidet, daß ihn der Arbeitgeber in einer zu niedrigen Lohnklasse versichert.

Aber auch davon abgesehen, sollten die Arbeiter nicht den Unternehmern in dem Bestreben Vorschub leisten, die sozialen Einrichtungen, die so schon schwer bedroht sind, noch weiter zu schädigen und womöglich ganz zum Zusammenbruch zu bringen.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Der Gewerkschaftskampf um die Menschenwürde.

Wie sehr der Gewerkschaftskampf die Massen zu gesundem Selbstgefühl und zu Menschenwürde gebildet hat, das ist deutlich an einem praktischen Beispiel zu erkennen, auf das die „Neue Erziehung“ hinweist. Es handelt sich um ein neues Kulturbedürfnis im Wohnen, das heute ganz anders als früher vorhanden ist.

In einer Arbeit über die Lage der Arbeiter in Pommern, die vor dem Kriege erschienen ist, wurde gesagt, es sei ein Phantom, dem Arbeiter eine Wohnung zu bieten, die Wohn- und Schlafraum getrennt enthalte. Die „Leute“ waren, wie es da hieß, „mit sehr wenigem zufrieden“. „Die lange Gewöhnung“, so hieß es da weiter, „hat sie so genugsam gemacht, daß viele eine besondere Schlafkammer nicht als notwendig erachten.“

Praktisch liegen nun die Verhältnisse heute allerdings auch noch so, daß Massen von Menschen ihnen würdige Wohnungen nicht gegeben sind, besonders in ländlichen Bezirken. Aber die Menschen sind anders. Sie erkennen ein Recht auf Kultur. „Es ist heute nicht mehr“, schreibt hierzu die „Neue Erziehung“ gelegentlich einer Behandlung der heutigen Wohnverhältnisse: „daß der Arbeiter infolge der langen Gewöhnung mit solcher Wohnung zufrieden ist. Seine Organisationen haben hier schon Wandel geschaffen, indem sie aufrüttelnd gewirkt und das Selbstgefühl geweckt haben.“

Damit birgt auch die gewerkschaftliche Presse in sich eine starke ethische Kraft. Und wenn die Abhandlungen des Forschungsinstituts für internationales Pressewesen jetzt „die erzieherische Sendung der Zeitung auf dem engeren ethischen Gebiete“ vermessen, so kommt das nur für die kapitalistische Zeitung in Betracht. Die Gewerkschaftspresse dient seit Jahrzehnten bewußt dem ethischen Gedanken. Und für das, was sie erreicht hat, ist diese Feststellung der „Neuen Erziehung“ bezeichnend.

### „Der Proletarier“

ist die Zeitschrift des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Der Fabrikarbeiterverband hat zwei sehr wichtige Schichten der deutschen Arbeiterklasse organisiert; erstens wesentliche Teile der ungelerten Arbeiter, und dann die Arbeitnehmer der chemischen Industrie. Wenn man bedenkt, welche bemerkenswerten Strukturwandlungen zwischen gelerten und ungelerten Arbeitern in den letzten Jahren vor sich gegangen sind, wenn man sich weiter überlegt, welche Bedeutung die chemische Industrie im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft erlangt hat, und dann hinzuzufügen, daß die Zeitschrift des Fabrikarbeiterverbandes all diese Wandlungen genau und sorgfältig zur Kenntnis nimmt, so hat man auch bereits die Bedeutung des „Proletariats“ im Rahmen der gewerkschaftlichen Publikationsorgane angedeutet!

(Aus einem Rundfunkvortrag von Dr. Fritz Heller, Leipzig.)

### Berichte aus den Zahlstellen.

Mainz. Es gibt im Gewerkschaftsleben wohl kaum etwas Erhebenderes, als die Ehrung langjähriger Mitkämpfer. Eine 25 Jahre lange allen Widerwärtigkeiten trotzende Verbandszugehörigkeit ist das beste Zeugnis des unerschütterten Glaubens an den Endsieg des Gewerkschaftsgedankens. Die Zahlstelle Mainz hatte diesmal 70 Jubilare zu ehren, die sich mit ihren Ehefrauen am Sonntag, dem 8. Mai, im großen Saale des „Schöfferhofs“ an drei festlich geschmückten Tischen zusammengefunden hatten. Alle übrigen Plätze des großen Saales waren durch die Mainzer Kollegen besetzt. Die Klänge des Marsches „Alte Kameraden“ und der Kampfschreie „Das heilige Feuer“, vorgetragen von den Köhler- und Arbeiterjugendern, leiteten die Feier ein. Kollege Richard Traber fand warme Worte zur Begrüßung der fast aus allen Orten anwesenden weitverbreiteten Zahlstellengebiete herbeigeeilten Jubilare. Kollege Louis Bruns (Frankfurt) überbrachte die Grüße der Gewerkschaft und des Hauptverbandes. In seiner Festansprache zeichnete Bruns ein anschauliches Bild von den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung kurz nach dem Beginn des Frühkapitalismus um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es war und ist teilweise noch heute die Absicht des Privatkapitalismus, die hilflosen Proletarier kulturell und wirtschaftlich auf tieferer Stufe zu halten. Daher lehnten die damaligen Unternehmer auch grundsätzlich die Anerkennung der Arbeiterereignisse ab. Dafür wurde jede freiwillige Regelung, jeder Versuch, auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß zu gewinnen, ja, jede Zugehörigkeit zur Organisation mit dem Verlust der Arbeitsstelle bestraft. Staatliche, kommunale und kirchliche Behörden waren Helfershelfer der Privatindustrie. Alle Fortschritte scheiterten aber an dem eisernen Willen aufklärter, die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennender Arbeiter, deren Zahl von Jahr zu Jahr zunahm. Im festen Glauben an den endlichen Sieg des Gewerkschaftsgedankens organisierten sich vor 25 Jahren auch in Mainz die Jubilare, die wir heute ehren. Selbst auf die Gefahr, ihrer Zugehörigkeit zum toten Verband wegen auf die Straße zu fliegen und die Armenpflege in Anspruch nehmen zu müssen, was wiederum politische und gesellschaftliche Achtung bedeutete, hielten sie der Organisation die Treue. Daran haben einen nicht geringen Anteil die Ehefrauen der Jubilare, die mutig und entlagungsstolz alle Schwierigkeiten mit auf sich nahmen. Und diese zahllosen und schweren Opfer, diese Pionierarbeit haben reiche Früchte getragen. Kollege Bruns schloß mit einem Appell an die Jubilare und die zahlreich anwesenden Jugendlichen, alles zu tun, um den drohenden Angriffen auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wirksam zu begegnen. Kollege Traber nahm hierauf die Ehrengabe der Jubilare vor und überreichte ihnen die Ehrenurkunde und die Festschrift des Verbandes. Kollege Weinberg dankte im Namen der Jubilare und versprach, daß die Jubilare weiter wie bisher, Kämpfer für unsere Sache sein werden. An die offizielle Feier schloß sich ein gemütliches Beisammensein, bei dem rheinischer Humor und Gesang zur Geltung kamen. Alle Kampferlebnisse wurden ausgetauscht und so manches Wiederholungsgefährt. Man trennte sich mit dem Gefühl, daß trotz aller Widerwärtigkeiten der Glaube an den Sieg unserer Sache unerschütterlich ist.

### Rundschau.

#### Wie man die unabsehbaren Warenvorräte verwenden sollte.

„Wie verlautet, hat die brasilianische Regierung Österreich ein Angebot auf kostenlose Lieferung von Brasilkakaffee zur Verteilung an die Erwerbslosen in Österreich unter der Bedingung gemacht, daß ein Einfuhrzoll für diesen Kaffee nicht erhoben wird. Es ist dies einer der neueren Versuche Brasiliens, die sonst zur Vernichtung kommenden Kaffees zu Propagandazwecken auszunutzen. Jedoch haben die österreichischen Kaffeimporteure gegen dieses Projekt lebhaften Einspruch erhoben.“

Diese Notiz finden wir in der „Kateka-Zeitung“. Das Vorgehen der brasilianischen Regierung, Kaffee den europäischen Erwerbslosen gratis zur Verfügung zu stellen, ist sicher begrüßenswert, besser jedenfalls, als ihn ins Meer zu schütten oder zu verbrennen. Ob diese Tat als Werbungs-mittel gedacht war, ist völlig gleichgültig. Die Kaffeimporteure Österreichs haben sich sofort gegen dieses Geschenk gewandt. Die Privatinteressen einiger Importeure können aber nicht maßgebend sein. Wenn alle auf den Stapelplätzen der Welt lagernden Lebens- und Genussmittel den Erwerbslosen geschenkt oder gegen ganz geringes Entgelt überlassen würden, dann würde damit ein vielfacher Zweck erreicht: die Lage der Arbeitslosen würde gehoben, hochwertige Waren würden vor dem Vernichten geschützt, und die großen Vorräte ständen nicht mehr als drohendes Gespenst im Hintergrund. Jeder Anfang, die Weltvorräte an Lebensmitteln auf diese Art zu verringern, muß begrüßt werden.

### Verbandsnachrichten.

#### Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Wuppertal: Paul Rasche, Mitgl.-Nr. 862 793; ferner auf Grund des § 14 Ziffer 3a und c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle W o i z e n b u r g a. d. E l b e: S. Moldenbauer, Mitgl.-Nr. 1 086 998, Otto Jahnke, Mitgl.-Nr. 688 491, Paul Peuker, Mitgl.-Nr. 688 462 und auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle D a r m s t a d t: Georg Krug, Mitgl.-Nr. S II 788 959.

### Urteil gegen den Kommunisten Steffen.

Abschrift.

Geschäftsnummer 33 B 934/30.

#### Im Namen des Volkes!

Privatklagesache des Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, August Brey, in Hannover, Rathenau-platz 3,

vertr. durch RA. Dr. Heinemann II und Kaß, hier, gegen den Erich Steffen aus Berlin-Reinickendorf W 3, Waldowstraße Nr. 53, I.,

privatkläger, Angeklagter, vertr. durch RA. Dr. Löwenthal, Alexander und Boehm, Berlin, wegen übler Nachrede und Pressebeleidigung.

Das Amtsgericht in Hannover hat in der Sitzung vom 6. Januar 1932, an der teilgenommen haben:

Amtsgerichtsrat L e h m a n n als Amtsrichter,

Justizamwärtter B r e h m e r als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 (einhundert) Reichsmark Geldstrafe, hilfsweise zu 10 (zehn) Tagen Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Zugleich wird dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten binnen sechs Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an ihn im „Volkswillen“ und im Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, „Der Proletarier“ bekanntzumachen.

L e h m a n n.

Ausgefertigt:

L. S. Ifner, Justizsekretär, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hannover, Abteilung 28/33.

Das vorstehende Urteil ist rechtskräftig und vollstreckbar.

Gannover O, den 1. April 1932.  
L. S. Unterföhrst, Justizinspektor, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hannover, Abteilung 28/33.

Ausgefertigt:

L. S. Ifner, Justizsekretär, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hannover, Abteilung 28/33.

Zum Zwecke der Zustellung beglaubigt: Justizrat Dr. Hans Heinemann II und Dr. Julius Kaß, Rechtsanwälte und Notare, durch: Kaß. [24,50 Mk.]

### Zahlstelle Bremen.

Das Büro ist jetzt von 10 bis 13 Uhr und von 16 bis 18 Uhr geöffnet. Sonnabends nachmittags geschlossen. [2 Mk.]

### Literarisches.

Der „Volksfunk“, die anerkannt modernste und bestausgestattete Wochenschrift für alle Radiolöcher, bietet neben dem großen Europa-Programm, illustrierten Sendeeinführungen und kritischen Betrachtungen beste Familienunterhaltung in reichhaltigen und spannenden geschriebenen Reportagen. Trotz bester Ausstattung in Preisform kostet das 48 Seiten starke Heft im Einzelbezug 25 Pf., monatlich 90 Pf. und 6 Pf. Zustellgebühr. Der „Volksfunk“ kann bei der Post oder beim Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bestellt werden.

Eine neue Werbepremie wird im Mai-Heft der Zeitschrift „Die Büchergilde“ angezettelt. „Die Porzellankunst“, ein Arbeiterroman aus Aufbruch und Alexander Pereschkow, wird für die Werbung von zwei neuen Mitgliedern abgegeben. Käufer der Ankündigung dieses Buches erhält die Zeitschrift, die den Mitgliedern der Büchergilde kostenfrei zugeht, eine feinfühnige Erziehung von Martin Andersen Wegs und andere Rosellen, und die Abbildungen sind mit Sorgfalt und künstlerischem Empfinden ausgestattet.

„Kranke“, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, mit den kühnsten Beiträgen „Soziales Wandern“, „Der Leib“, den Niedrigkeiten und den überlebensfähigsten Buchgebunden. Auch das Raubest hat wieder einen sehr interessanten, reichen Inhalt. Probehefte stellt der Urania-Freiburger-Verlag kostenlos zur Verfügung.

## Chemische Industrie

### Geschäftsabluß des Gummitrustes. (Schluß.)

Während die Geschäftslage des Gummitrustes im Zeichen der Wirtschaftskrise nach heutigen Begriffen als glänzend bezeichnet werden muß, kann man das in Beziehung auf die Arbeiterschaft nicht sagen. Die von der Firma oben gerühmte Rationalisierung und Umorganisierung hat mit ihren nachteiligen Auswirkungen leider nur die Arbeiter betroffen. Durch die Betriebszusammenlegung wurde die Arbeiterschaft von 13 000 auf 11 000 Köpfe reduziert. Dagegen beträgt der Stab der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sowie Geschäftsführer des Trustes heute noch die stattliche Anzahl von 50 Personen. Es gibt wenige Betriebe in Deutschland, in denen das Arbeitstempo schärfer ist und an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter größere Ansprüche gestellt werden, als in den Betrieben des Gummitrustes. Wenn der Trust heute diese Vormachtstellung einnimmt, so hat die Arbeiterschaft einen erheblichen Anteil daran.

Natürlich geht es nicht ganz ohne Jammern ab. Insbesondere soll der Wettbewerb durch „ungesunde“ Preisunterbietungen beeinträchtigt worden sein. Wenn man den Geschäftsbericht studiert, findet man, daß die Firma durchaus keinen Anlaß zu solchen Klagen hat, den hätten mit viel größerem Recht die Arbeiter. Obwohl der Umsatz im Geschäftsjahr 1931 mengenmäßig zurückgegangen ist, sind doch die finanziellen Auswirkungen vorzüglich.

Zum Schluß der Dank der Firma an Aktionäre und Arbeiter, der folgendermaßen lautet:

„Wir wollen diese Ausführungen nicht schließen, ohne unseren Aktionären Dank dafür zu sagen, daß sie uns zur Durchführung aller dieser Transaktionen in den letzten Jahren ununterbrochen ein seltenes Vertrauen entgegengebracht haben und unserer vorsichtigen Dividenden- und Abschreibungspolitik größtes Verständnis entgegengebracht.“

Unsere Arbeiter, Angestellten und Mitarbeiter danken wir dafür, daß sie durch verständnisvolles Eingehen auf die vorher nicht immer für alle klar erkennbaren Absichten, die auf eine weitsichtige Geschäftspolitik hinausliefen, nicht nur nicht die Forderung verletzten, sondern eifrig — jeder an seinem Platz — mitarbeiteten.“

Wir stimmen mit der Direktion darin überein, daß ihre Absichten gegenüber ihren Arbeitern nicht immer klar erkennbar gewesen sind, und den meisten Arbeitern werden die Absichten heute noch nicht klageworden sein. Die Arbeiter jedoch, denen ein Licht aufgegangen ist (siehe Bedarf-System), sind über die Absichten der Firma alles andere eher als erfreut. Es gehört das unbeirrbar Selbstvertrauen der Leitung des Gummitrustes dazu, wenn sie sich für das „verständnisvolle Eingehen“ der Arbeiter bedankt. So verständnisvoll sind die Arbeiter niemals gewesen. Man müßte richtiger sagen, daß die Arbeiter sich widerstandslos gefügt haben, weil sie wußten, daß weniger Verständnis für die „nicht klar erkennbaren Absichten“ Verlust der Arbeitsstelle bedeutet hätte. Nur die Hoffnung auf eine Zeit, die für die Arbeiter wieder günstigere Bedingungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringt, gibt ihnen den Mut, auszuhalten. Es ist schade, daß man über die Lohnsumme der Arbeiterschaft aus der Bilanz keine Aufschlüsse erhält. Es wäre für uns außerordentlich interessant gewesen, einmal festzustellen, inwieweit durch Rationalisierung (Bedarf-System), Arbeiterentlassungen usw. die Firma Lohnersparungen in den letzten Jahren machen konnte, trotzdem die Produktion im Gesamttruff nicht wesentlich gesunken ist, sondern erheblich ausgebaut werden konnte. Die Arbeiterschaft des Gummitrustes aber fordern wir auf, die notwendigen Schlussfolgerungen aus diesen Gegenüberstellungen zu ziehen. Zehn Organisationen für eine einzige Unternehmung, die zu den kräftigsten und größten Industrieunternehmen Deutschlands gehört. Können es da die Arbeiter der Gummiindustrie mit ihren Interessen vereinbaren, der einzigen Organisation des Gummiarbeiters, dem Fabrikarbeiterverbande, nicht restlos anzugehören? Ein ernstes Kapitel zum Nachdenken. Gummiarbeiter und -arbeiterinnen, lernt daraus! K. Segerer.

Zu diesem Bericht müssen wir noch nachfragen, daß durch Beschluß der Generalversammlung der Continental-Gummiwerke, AG., die auf 6 Prozent vorgeschlagene Dividende

auf 8 Prozent erhöht

wurde. Diese Dividendenerhöhung paßt wie die Faust aufs Auge zu den Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen beim Gummitrust. Schärfste Antreiberei durch das Bedarfssystem, stete Steigerung der Arbeitsleistung bei gewaltig herabgesetzten Löhnen, ständige Bedrohung solcher Arbeitskräfte, die „nicht mitkommen können“, mit der Entlassung, und erhöhte Dividenden für die Aktionäre des notleidenden Gummitrustes. Wahrhaftig, es ist eine Lust, zu leben, nur nicht für die Arbeiterschaft. (D. Red.)

### Finanzkrise im Burbach-Kalikonern.

Erhebliches Aufsehen erregte in den letzten Tagen die Finanzwirtschaft des Burbach-Kalikonerns. Selbst in den den Unternehmen nahestehenden Wirtschaftskreisen rief sie außerordentlich scharfe Kritik hervor. Wiederrum zeigt das Finanzgebaren dieses Konzerns die selbstherrliche Allgewalt der leitenden Personen in grellem Lichte, eine Autokratie, die, wie in den Wirtschaftsskandalen der letzten Zeit sich des öfteren erwies, eines Tages zur großen Katastrophe treiben muß.

Schon seit längerer Zeit tauchten in der Presse Meldungen über eine bedenkliche Schuldenwirtschaft des Konzerns auf. Dem Leiter des Konzerns, Generaldirektor Korte, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Moritz Schulze, wurden Vorwürfe gemacht, daß sie eigene Aktien zu hohen Kursen an den Burbach-Konzern verkauft und dabei diese Aktien erheblich über den geltenden Kurswert berechnet hätten.

Generaldirektor Korte versuchte zunächst durch nichts-sagende Erklärungen die erhobenen Angriffe abzuschütteln, bis er zuletzt gezwungen wurde, widerstrebend bestimmte Erklärungen abzugeben. Daß er dabei nur das Notwendigste zugeben hat und allen unangenehmen Fragen so weit wie möglich auswich, wird niemand bezweifeln. Dabei kommt ihm im weitgehenden Maße zu Hilfe, daß der Burbach-Konzern ein kompliziertes Wirtschaftsgebilde ineinandergeschachtelter Unternehmungen darstellt, dessen wirtschaftliche Struktur für Außenstehende nicht faßbar ist und Mißstände, wie sie jetzt aufgedeckt wurden, begünstigt.

Aus der Erklärung der Burbach-Verwaltung geht hervor, daß der Konzern heute stark verschuldet ist. Die Gesamtschuld beträgt 64,3 Millionen Mark. Sie besteht zu einem Teil aus Verpflichtungen der Konzernwerke in Höhe von 36 Millionen Mark, die zur Zeit der Fusion am 12. Dezember 1928 bestanden. Weiter wurden von aufgenommenen Krediten zum Ankauf anderer Beteiligungen, insbesondere von Kugen der Gewerkschaften Burbach und Beienrode, 6,1 Millionen Mark verwendet, wodurch es dem Konzern gelang, die qualifizierte Mehrheit über diese Werke zu gewinnen. Weiterhin wurden 16,4 Millionen Mark zum Ankauf von 7,3 Millionen Mark nominaler Aktien der Burbach-Kaliwerke verwandt. Diese Aktienposten will die Gesellschaft notwendigerweise im Interesse des Konzerns angekauft haben. Es handelt sich dabei dem eigentlichen Sinne nach um Kursstützungskäufe der Konzernverwaltung, wobei erstaunlich hohe Summen verwirklicht worden sind. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ weist darauf hin, daß diese Aktien im Durchschnitt zu einem Kurse von 225 Prozent erworben sind, so daß also schon Käufe vorgenommen wurden im erheblichen Umfange, als der Kurs noch weit höher stand. Indirekt macht die „Bergwerkszeitung“ dem Konzern den Vorwurf, daß diese Handlung nicht im Interesse der Gesellschaft lag, weil die Leitung schon damals wissen mußte, daß bei der bereits bestehenden Verschuldung sich dieser Kauf nicht rechtfertigen ließ.

4,8 Millionen Mark wurden als Kredite für Darlehen verwendet. Diese wurden nicht nur zu Zwecken der Kursstützung verwendet, sondern auch an Mitglieder der Verwaltung gegeben. Es taucht hierbei die Frage auf, zu welchem Zweck diese Gelder an Verwaltungsmitglieder gegeben worden sind. Wenn sie zu persönlichen Zwecken erfolgt sind, dann wäre daraus zu schließen, daß den leitenden Männern im Burbach-Konzern ihre horrenden Einkünfte noch nicht groß genug gewesen sind, so daß ihnen die Verwaltung noch mit Mitteln des Konzerns unter die Arme greifen mußte. Will die Konzernverwaltung hierüber nicht nähere Auskünfte geben?

Eine Million Rentenmark wurde für Bauten (Verwaltungsgebäude und Beamtenhäuser) ausgegeben. Von den Schulden des Konzerns entfallen 49 Millionen auf die Hauptverwaltung, 14,1 Millionen auf die Burbach-Kaliwerke, AG., und 1,2 Millionen Mark auf die Gewerkschaft Beienrode.

Die Gesamtschulden des Konzerns betragen im April 1932, ohne die Syndikatsanleihe von 57 Millionen Mark, 64,3 Millionen Mark. Davon sind zirka 55 Millionen Mark Bankschulden, die durch das Stillhalteabkommen gestoppt werden. Angesichts dieser Schulden sind die Forderungen des Konzerns an Außenstehende mit 19 Millionen Mark sowie ein Lagerbestand im Werte von 7,5 Millionen Mark ein verhältnismäßig schwacher Trost.

Wozu der Burbach-Konzern diese ungeheure Bankschuldenlast auf sich laden mußte, bleibt Geheimnis der Konzernleitung. Der Umstand, daß die Bürgschaftsverpflichtungen den Konzernwerken gegenüber in den Bilanzen niemals aufgeführt wurden, läßt allerhand Vermutungen Raum. Es würde zu weit führen, das System von Bürgschaften hier zu erörtern. Ein Muster für die Leitung eines Großunternehmens stellt das ganze Geschäftsgebaren jedenfalls nicht dar. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ erhebt deshalb mit Recht den Vorwurf, daß in dem Versteckenspielen, in dem Fehlen eines klaren Überblicks über die finanziellen Verhältnisse beim Burbach-Konzern der Hauptfehler liege, den man der Verwaltung zum Vorwurf machen kann.

Angesichts dieser Schuldenwirtschaft wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Leitung, wenn trotzdem im vergangenen Jahr dem Unternehmen enorme Mittel entzogen wurden, um eine Dividende von 12 Prozent zu zahlen, für die wirtschaftlich keinerlei Berechtigung vorlag und die dem Unternehmen Millionen entzog. Man kann diese Maßnahme des Konzerns nur verstehen als ein Bestreben, hinter den anderen Rekorddividenden in der Kaliindustrie, namentlich dem Wintershall-Konzern, nicht zurückstehen zu wollen.

Generaldirektor Korte entwickelt auch einen Plan zur Sanierung des Konzerns, der aber so unbestimmt gehalten ist, daß er alles und nichts verspricht. Hoffentlich gelingt es, die stärksten Auswüchse dieser Mißwirtschaft zu beseitigen, damit nicht bei Betriebsstillegungen die Arbeiterschaft für die Sünden der „Wirtschaftsführer“ büßen muß.

Das Kapitel Burbach-Kalikonern zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, wohin die Autokratie unserer modernen Wirtschaftsführer die Industrieunternehmen bringt. Jahrelang konnte eine Geschäftsführung betrieben werden, die zum schweren Verhängnis für ein großes Industrieunternehmen wurde. Außerlich zeigt sich das in einem Sturz der früher so hoch bewerteten Aktien auf einen Kurs von 25 bis 30 Prozent.

Die Zahl dieser Industrieerfahrungen mehrte sich in letzter Zeit geradezu auffällig. Es wird dem Kapitalismus beim besten Willen nicht gelingen, die Wirtschaftskrise, die Gewerkschaften und die Lohn- und Sozialpolitik allein für solche Mißwirtschaft verantwortlich zu machen. Solche Zustände schreien geradezu nach einer Neuordnung unserer heutigen Wirtschafts- und Wirtschaftsstruktur, nach größerer Kontrolle und Verantwortung der Industrie- und Wirtschaftskapitäne, im Interesse des Volkes.

## Papier-Industrie

### Jude, hilf!

Pommern ist der einzige Wahlkreis in Deutschland, in dem der frischgebackene „Deutsche und Regierungsrat“ Adolf Hitler bei den Reichspräsidentenwahlen eine absolute Mehrheit erreichte. Die ehemaligen Raubritter aus der Landwirtschaft und die neuen Fürsten aus der Industrie geben sich in Pommern schon seit Jahren die größte Mühe, ihre Arbeitnehmer national zu erziehen. Diese nationale Erziehung unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Wolf vom Pommerschen Arbeiterbund, unter der Ägide des nationalsozialistischen Gutspächters und Gauleiters von Corswant — ein Namensvetter ist nebenbei bemerkt Bezirksyndikus für die pommersche Papiererzeugungs-Industrie — hat es fertiggebracht, daß auch in einigen Betrieben der Papiererzeugungs-Industrie Gelbe und Nazis sich recht anmaßend gebärden.

So auch in der zu den Varziner Papierfabriken, AG., gehörigen Papierfabrik Rathsdamm. In dieser herrscht seit Jahren als nationaler Mann und fast unbeschränkter Gebieter ein Direktor Graefler. Uns sind die Gründe nicht bekannt, warum diesem Herrn, der seit 1924 mit außerordentlicher Liebe seinen gelben Werkverein in Rathsdamm großzog, von der Generaldirektion in Hammermühle gekündigt wurde. Fest steht jedenfalls, daß Direktor Graefler am 1. Juli d. J. aus der Varziner Papierfabrik, G. m. b. H., ausscheidet, und zwar nicht ganz freiwillig.

Der Abschied dieses Direktors aus den Varziner Papierfabriken, AG., hat die nationalen Männer des gelben Werkvereins in revolutionäre Wallungen gebracht. Sie, die sonst keinen Juden leiden können, wenden sich in ihrer Art an das jüdische Bankhaus Schlesinger, dessen Inhaber Aufsichtsratsvorsitzender ist, mit der Bitte: „Jude, hilf!“

Abgesehen von dem zweifelhaften Deutsch ist die Eingabe des gelben Werkvereins in Rathsdamm an das jüdische Bankhaus Schlesinger wirklich wert, in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bekanntzuwerden. Da uns der günstige Wind einen Durchschlag dieses Schriftstückes auf den Tisch wehte, bringen wir es nachstehend zur Kenntnis:

„Rathsdamm, den 14. Januar 1932.“

An den Aufsichtsrat, Bankhaus Schlesinger, Berlin.

Die Arbeiterschaft der Papierfabrik Rathsdamm legt beim Aufsichtsrat scharfen Protest gegen die Behandlung der hiesigen Direktion durch die Direktion der Hauptzentrale Hammermühle ein. Die Arbeiterschaft kann es nicht mehr mit ansehen, wie die Direktion von Rathsdamm durch die Direktion von Hammermühle geknebelt wird, noch viel schlimmer, als wenn sie einen dummen Jungen vor sich hat. Der Direktor ist ein Mann von Ehren, der sich keine Minute Ruhe gönnt, nicht einmal über Nacht, stets ist er auf dem Posten. Die Direktion hat die Fabrik zu dem gemacht, was sie heute ist. Man übergeht die Direktion in allen Sachen, z. B. wenn in Rathsdamm etwas abgemacht wird und die Arbeiterschaft damit einverstanden ist, wird es von Hammermühle umgestoßen zum Schaden der Fabrik. Alles, was in Rathsdamm verdient wird, wird nach Ansicht der Arbeiterschaft von Rathsdamm in Hammermühle verbraucht. Die Arbeiterschaft von Rathsdamm protestiert entschieden gegen jede Verleumdung der Direktion von Rathsdamm und fordert entschieden die Zurücknahme der Kündigung der hiesigen Direktion, weil solche zu Unrecht geschehen ist. Die Arbeiter glaubten doch, daß auf die Leitung der Direktion etwas anderes folgen sollte als die Kündigung. Die Arbeiterschaft von Rathsdamm wird ihre Direktion bis aufs äußerste verteidigen und wenn es sein muß, bis aufs Blut. Und bittet deshalb den Aufsichtsrat die Kündigung aufzuheben und den Direktor auf seinem Posten zu belassen und ihm einen größeren Schutz gewähren zu wollen, als es bisher der Fall war. Und in Hammermühle dahin wirken zu wollen, daß die Schikanen über Rathsdamm aufhören. Die Arbeiterschaft wird zum Dank mit ihrer Arbeit dafür einstehen, um mit ihrer Arbeit für das Gelingen der Fabrik einzustehen und zu fördern. Die Arbeiter der Papierfabrik Rathsdamm.“

Die Angst der Gelben geht aus diesem Schriftstück deutlich hervor. Selbst unter Verleumdung der Generaldirektion in Hammermühle versuchen sie, ihren gelben Vater Graefler zu retten. Und wenn dieses nicht gelingen sollte, dann sind wahrscheinlich wieder die dreimal verfluchten Juden daran schuld, denn der Aufsichtsratsvorsitzende heißt Schlesinger und der erste Direktor Morgenstern. Aber warum sollen es die Kleinen anders treiben als die Großen: ein echter Nazi mag keinen Juden leiden, doch seine Gelder nimmt er gern.

Da die Nationalsozialisten und Gelben ihren Direktor Graefler bis aufs Blut verteidigen wollen, sehen wir heute schon den „nationalen Kampf“ und das Dritte Reich in Rathsdamm erstehen. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft von Rathsdamm wird diesem Sturm im Wasserglas die heißere Seite abgewinnen. G. Stübler.

### Der Streit in der holländischen Strohpappen-Industrie beendet.

Nach etwa zehnmonatigem Abwehrkampf wurde der Kampf in der holländischen Strohpappenindustrie nach langen und schwierigen Verhandlungen am 28. April 1932 durch Abschluß eines neuen Tarifvertrages beendet. Während die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 20 Prozent forderten, sieht der neue Vertrag, der bis 1. September 1933 Gültigkeit hat, einen Lohnabbau von nur 5 Prozent vor. Unter Berücksichtigung der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage, von der auch Holland schwer betroffen wird, kann der Abwehrkampf als erfolgreich für unsere holländische Bruderorganisation bezeichnet werden, um so mehr, wenn man dabei in Betracht zieht, daß es den deutschen Unternehmern mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen gelungen ist, die Tariflöhne um 20 bis 35 Prozent abzubauen.

### Achtstundentag in der Papierindustrie in Griechenland.

Durch Verordnung des Wirtschaftsministers wird vom 1. Juni 1932 an in der Papiererzeugungs-, Papierverarbeitungsindustrie und im graphischen Gewerbe Griechenlands der Achtstundentag bzw. die Achtstundvierzigstundenwoche eingeführt. Die Leistung von Überstunden wird nur in dringenden Fällen von den Behörden

